



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 05 - 2013
Berlin, Juli 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sommerpause? Von wegen! Jetzt geht es nochmal richtig los, denn Sommerzeit heißt in diesem Jahr: Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes!

Für das Bündnis für gute Pflege ist es DIE Chance, das Thema Pflege zum zentralen Wahlkampfthema zu machen. **Vom 1. bis 24. Juli** starten wir deshalb **bundesweite Aktionswochen vor den Wahlkreisbüros von Abgeordneten**, die im Gesundheitsausschuss des Bundestages mitarbeiten. Vertreter/innen unseres Bündnisses überreichen im Rahmen dieser Aktion unsere Forderungen an die Politik.

Die zentrale Abschlussaktion findet am 20. Juli 2013 auf dem Alexanderplatz in Berlin statt. Vertreter/innen des Bündnisses stellen unsere Forderungen der Öffentlichkeit vor und überreichen sie an Bundestagsabgeordnete. Ein begleitender Marktplatz mit zahlreichen Informationsständen rund um das Thema Pflege ergänzt die Veranstaltung.

Dazu laden wir Sie herzlich ein!

Weitere Infos zu den einzelnen Aktionen finden Sie auf unserer [Website](#).

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre des Newsletters!
Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen zu unserem Newsletter haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Startschuss für bundesweite Wahlkampf-Aktionswochen](#)

[1.2 Abschlussaktion der Aktionswochen: Veranstaltung des Bündnisses auf dem Alexanderplatz am 20. Juli 2013](#)

[1.3 Wahlprüfsteine des Bündnisses für gute Pflege zur Bundestagswahl](#)

[1.4 Regionale Aktionswochen, Reha: "Riesenprojekt Pflege": Grünen-Politikerin Scharfenberg fordert „Pflege-Bürgerversicherung“](#)

[1.5 Vertreter/innen des Bündnisses im Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen](#)
[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 DbfK: Weiterhin kein Schutz für verantwortungsbewusste Whistleblower \(Hinweisgeber\)](#)

[2.2 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: erhält Auszeichnung für hervorragende Publikationen](#)

[2.3 Diakonie erwartet von der Politik entschiedenes Handeln](#)

[2.4 Diakonie: Gespräche mit Praktikern des Mathilde-Tholuck-Hauses zeigen den pflegepolitischen Handlungsdruck](#)

[2.5 ver.di: Pflegebedürftige stecken in Schwarz-Gelber Warteschleife](#)

[2.6 AWO: Abschlussbericht Pflegebedürftigkeitsbeirat – Mut und Weitblick fehlen](#)

[2.7 AWO: Pflegedebatte im Bundestag – Vier verlorene Jahre für Pflegebedürftige](#)

[2.8 ZWST organisiert zertifizierte Schulung für Demenzbegleiter](#)

[2.9 Volkssolidarität: Gutachten von Thomas Sießegger: Pflege-Neuausrichtungsgesetz bedroht ambulante Pflegedienste](#)

[2.10 AWO Schleswig-Holstein verleiht erstmals Innovationspreis am 1. Dt. Diversity-Tag](#)

[2.11 Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk: Pflegesystem erfordert umfängliche Reformen – aber es fehlt der politische Gestaltungswille](#)

[III. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.: Seminar Pflege und alternde Gesellschaft vom 22.07.-24.07.2013 in Kochel am See](#)

[3.2 Seniorennetzwerk Costa Blanca: 26.07., Dénia, Vorstellung des Gutachtens zur Klage gegen die Nichtgewährung von Pflegesachleistungen im Ausland](#)

[3.3 DEVAP-Bundeskongress am 25./26. September 2013 in Berlin](#)

[3.4 Berliner „Woche der pflegenden Angehörigen“ im September 2013](#)

[3.5 Basale Stimulation e.V.: Vorankündigung: Wieviel Ethik braucht die Pflege? am 12.10.2013 in Bad Ischl](#)

[3.6 Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk: Einladung zum öffentlichen Pflegetreff am 19.11.2013](#)

1. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben ↑](#)

1.1 Startschuss für bundesweite Wahlkampf-Aktionswochen

[nach oben ↑](#)

Am 22. September ist Bundestagswahl. Um im Vorfeld auf den dringenden Handlungsbedarf der Pflege zum Wahlkampfthema zu machen, startet das „Bündnis für GUTE PFLEGE“ bundesweite Aktionswochen. Vom 1. bis 24. Juli überreichen Vertreter/innen des Zusammenschlusses der Interessenvertretungen pflegebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger, Frauenorganisationen, Wohlfahrts- und Sozialverbände und Gewerkschaften ihre Forderungen an die Politik.

Die Bündnis-Vertreter/innen besuchen BundestagskandidatInnen vor ihren Wahlkreisbüros und überreichen ihnen die Bündnis-Forderungen. Zielgruppe sind vorrangig Abgeordnete, die die Pflegepolitik im Gesundheitsausschuss des Bundestags direkt mitgestalten. Mit dieser und ähnlichen Aktionen weist das „Bündnis für GUTE PFLEGE“ vor Ort auf die zwingende Notwendigkeit der Verbesserung der problematischen Situation hin. Das Bündnis fordert die Politik dazu auf, die dringend notwendigen Veränderungen einzuleiten. Dazu gehören unter anderem: maßgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige, bessere Unterstützungsleistungen und Anerkennung für pflegende Angehörige, attraktivere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und eine solidarische Finanzierung der Pflege.

Geplant sind Aktionen mit Bundestagsabgeordneten aus dem Gesundheitsausschuss unter anderem im bayerischen Rehau, in Kaufbeuren im Allgäu, in Stuttgart, Leverkusen, Aachen und in Braunschweig. Auch der hohe Norden, d. h. Schleswig-Holstein, mischt sich in den Wahlkampf ein: Dort wird es diverse Aktionen geben, u. a. Praxistage von Politikern in Pflegeeinrichtungen, Aktionen vor Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten und eine Pressekonferenz. Weitere Aktionen sind in Vorbereitung. Sobald die Termine feststehen, werden sie auf der Bündnis-Seite unter www.buendnis-fuer-gute-pflege.de veröffentlicht.

Die Reihe der Aktionen in den Bundesländern schließt am 20. Juli mit einer Podiumsveranstaltung auf dem Alexanderplatz in Berlin. An diesem zentralen Ort stellen sich die Gesundheitsausschuss-Mitglieder, die ihr Wahlkreisbüro in der Hauptstadt haben, der Diskussion. Auch betroffene Pflegebedürftige und Pflegende kommen zu Wort. Begleitet wird die Veranstaltung durch einen Marktplatz mit zahlreichen Info-Ständen rund um das Thema Pflege.

Termine

* **Vorstellung und Diskussion der Wahlprüfsteine** des Bündnisses für gute Pflege mit der Bundestagsabgeordneten kandidatin Frau Schimke am **Donnerstag, 4. Juli 2013, 15 Uhr im Seniorenheim der Volkssolidarität in Schulzendorf in Königs-Wusterhausen**

* **Demonstration vor dem Büro der Grünen-Bundestagsabgeordneten Elisabeth Scharfenberg** am **Dienstag, 9. Juli in Rehau**. Mehr als 170 fränkische Pflegekräfte werden in Rehau für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege demonstrieren. [Pressemeldung](#)

* Am **Donnerstag, den 11. Juli**, werden auf **Inforadio** (Frequenzen bzw. Live-Stream unter [Inforadio](#)) den ganzen Tag über kleinere Beiträge zum Thema Pflege ausgestrahlt. Live-Interviews mit:

8.05 Uhr: **Mechthild Rawert**

10.25 Uhr: **Gabriele Tammen-Parr** von [Pflege in Not](#)

* Unter dem Motto „Gute Pflege ist ein Menschenrecht!“ treffen sich Mitglieder des Bündnis für gute Pflege am **Dienstag, den 16.7.2013 von 13 bis 15 Uhr auf dem Schlossplatz in Braunschweig**. Im Rahmen der **Kundgebung** werden die Forderungen des Bündnisses zur Verbesserung der Situation in der Pflege der Öffentlichkeit und der Politik vorgestellt. [Veranstaltungsflyer](#)

* **Protestveranstaltung vor dem AWO-Seniorenwohnsitz Morillengang in Aachen** mit anschließender Podiumsdiskussion mit den beiden Aachener Bundestagsabgeordneten **Rudolf Henke und Ulla Schmidt** sowie Pflegenden, Vertretern der Angehörigen und Auszubildenden. Termin **Dienstag, 18. Juli, ab 13.00 Uhr**. [Handzettel](#)

* **Podiumsdiskussion am 24.07.13 in Rödental**

Gute Pflege ist ein Menschenrecht!

Wie wollen wir künftig gepflegt werden?

Beginn: 18.00 Uhr, Ende: ca. 19.30 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr

Rathaussaal der Stadt Rödental, Bürgerplatz 1, 96472 Rödental

* **Podiumsdiskussion am 30.07.13 in Nürnberg**

Gute Pflege ist ein Menschenrecht!

Wie wollen wir künftig gepflegt werden?

Beginn: 18.00 Uhr, Ende: ca. 19.30 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr

1.2 Abschlussaktion der Aktionswochen: Veranstaltung des Bündnisses auf dem Alexanderplatz am 20. Juli 2013

[nach oben](#) ↑

Programm

12:00 Uhr Begrüßung - Dieter Lang, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

- ♣ Pflegebedürftige/Angehörige berichten von ihrer Situation
- ♣ Jana Nowotny, beruflich Pflegende, berichtet von ihrer Situation

12:30 Uhr - BündnisvertreterInnen stellen die Forderungen des Bündnisses vor, bezogen auf pflegebedürftige Menschen, Angehörige, die Mitarbeitenden und die Finanzierung von Pflege

- ♣ Mathias Wirtz, Vorstandsmitglied wir pflegen - Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.
- ♣ Sylvia Bühler, Bundesvorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
- ♣ Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied AWO Bundesverband e. V.
- ♣ Hannelore Buls, Vorsitzende Deutscher Frauenrat e. V.

13:00 Uhr - Übergabe der Forderungen an die Politik und kurze Statements

- ♣ Mechthild Rawert, SPD
- ♣ Dr. Ilja Seifert (Die Linke)
- ♣ Elisabeth Scharfenberg (Bündnis 90 / Die Grünen)
- ♣ Jens Spahn (CDU) angefragt

13:30 Uhr - Anschließend geführter Rundgang zu den Informationsständen zum Thema ‚Pflege‘ (Bündnis- und Politikvertreter)

15:00 Uhr - Ende der Veranstaltung

1.3 Wahlprüfsteine des Bündnisses für gute Pflege zur Bundestagswahl

[nach oben](#) ↑

Das Bündnis für gute Pflege hat zur Bundestagswahl Wahlprüfsteine beschlossen, mit denen die Parteien zur Stellungnahme aufgefordert werden.

Hier geht es zu den [Wahlprüfsteinen](#).

1.4 Regionale Aktionswochen, Rehau: "Riesenprojekt Pflege": Grünen-Politikerin Scharfenberg fordert „Pflege-Bürgerversicherung“

[nach oben](#) ↑

„Riesenprojekt“ Pflege

Grünen-Politikerin Scharfenberg fordert „Pflege-Bürgerversicherung“

Nürnberg/Rehau, 9. Juli 2013. Im Rahmen der Aktionswochen des bundesweiten Bündnisses für gute Pflege trafen sich am Dienstag, 9. Juli 2013, über 170 fränkische Pflegekräfte, Angehörige und Pflegebedürftige vor dem Mehrgenerationenhaus der Diakonie Hochfranken in Rehau. Von dort aus zogen sie durch den Ort zum Wahlkreisbüro der Grünen-Bundestagsabgeordneten Elisabeth Scharfenberg, um auf die äußerst prekäre Situation in der Pflege aufmerksam zu machen. Scharfenberg, die auch als Sprecherin für Pflegepolitik und Altenpolitik der Bundstagsfraktion ihrer Partei fungiert, versprach, sich für eine grundlegende Wende in der Pflegepolitik einzusetzen.

Die Zukunftsvision von Bianka Walter ist düster, aber leider nicht unrealistisch: Wenn es so weiterginge, werde es in den stationären Pflegeeinrichtungen „wohl eines Tages Zehnbettzimmer geben und ausländische Pflegekräfte und ich verstehe kein Wort“, machte die Pflegekraft aus dem Seniorenhaus in Helmbrechts unter dem Applaus ihrer Kolleginnen

und Kollegen die Situation in der Pflege deutlich. Ihre Forderung an Elisabeth Scharfenberg und die Politik im allgemeinen: „Ich will, dass man sich in der Politik einfach mal Gedanken macht, wie Pflege schön, attraktiv und lebenswert sein kann – ohne Druck und immer die Zeit im Nacken“, bündelte Walter, die ihren Beruf als Berufung betrachtet, die Probleme in ihrem Arbeitsbereich, die nahezu komplett auf eine Ursache zurückzuführen sind: unzureichende Finanzierung. Das sieht Martin Abt, Geschäftsführer der Diakonie Hochfranken, ganz ähnlich: „Wir brauchen professionelle Pflege unter ordentlichen Rahmenbedingungen und eine ausreichende Finanzierung. Gute Pflege darf nicht vom Geldbeutel abhängen“, stellte er gegenüber Scharfenberg klar. Dafür, so Abt weiter, müsse die Pflegeversicherung „dauerhaft auf eine solide Grundlage“ gestellt werden, die es erlaube, die entstehenden Kosten „über Pflegesätze und Gebühren refinanziert zu bekommen“. Zudem forderte er mehr Zeit für die Pflegebedürftigen und eine „deutliche“ Anhebung des Personalschlüssels um „mindestens 10 Prozent“.

Elisabeth Scharfenberg griff die Forderungen auf und plädierte – „wir müssen Geld in die Hand nehmen“ - für eine solidarische Finanzierung der Pflege, denn die von der Bundesregierung eingeführte private Zusatzversorgung, besser bekannt als Pflege-Bahr, sei „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Die, denen der Pflege-Bahr etwas bringen würde, könnten sich die Zusatzversorgung nicht leisten und die Reichen bräuchten sie nicht. Scharfenbergs Folgerung: „Wir brauchen eine Pflege-Bürgerversicherung.“ Das sei ein „Riesenprojekt, ähnlich der Energiewende“, und man habe viel zu spät angefangen, räumte sie ein. Lohnen würde sich die solidarische Finanzierung aus Sicht der Grünen aber durchaus. Scharfenberg verwies auf Berechnungen ihrer Partei, wonach ein solches Modell eine „solide Finanzierung“ der Pflege „bis 2055“ ermöglichen würde.

Was die Ausrichtung der Pflege angeht, unterstützt Scharfenberg den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, wie er im Ende Juni veröffentlichten Expertenbericht skizziert wird. Die Pflege müsse „weg von der Defizitorientierung und hin zur Teilhabe“, sagte die Gesundheitspolitikerin und betonte: „Dreh- und Angelpunkt ist auch hier die Finanzierung.“ Die seitens der Pflegekräfte immer wieder beklagte Überlastung mit Bürokratie ist Scharfenberg ebenfalls ein Dorn im Auge. Es brauche zwar „eine gewisse Dokumentation“, aber man müsse im einzelnen „sehr genau hinschauen“, was wirklich notwendig sei. Als „letzten Schildbürgerstreich“ bezeichnete sie den so genannten „Pflege-TÜV“. Darin werde „nicht die Arbeit, sondern die Dokumentation bewertet“, kritisierte die Grünen-Gesundheitspolitikerin. Sie forderte die Aussetzung des Pflege-TÜVs und die Entwicklung eines neuen Prüfinstruments. Auch das seit Anfang des Jahres geltende Pflegeneuausrichtungsgesetz, das Otto Bayreuther, Geschäftsführer der Diakonie Selbstwunsiedel, als unsolidarisch gebrandmarkt hatte, möchte Scharfenberg aus eben jenem Grund am liebsten abschaffen. Alles in allem hilft aus ihrer Sicht kein Nachjustieren, sondern nur eine „umfassende Reform“ des Pflege-Systems. Dafür, so Scharfenberg, müsse noch mehr Druck aus dem Pflegebereich kommen: „Machen Sie weiter mit ganz ganz lauter Stimme“, ermunterte sie die Demonstrierenden. „Sie dürfen nicht alles mit sich machen lassen.“

Medienberichterstattung

[TVO](#)

[BR](#)

[Frankenpost](#)

[Süddeutsche](#)

Weitere Informationen:

Renate Backhaus

Geschäftsführerin des Fachverbands Evangelische Altenhilfe im Diakonischen Werk Bayern e.V.

Tel.: 0911/9354-428

Fax: 0911/9354-471

Mail: [backhaus\(at\)diakonie-bayern.de](mailto:backhaus(at)diakonie-bayern.de)

Web: www.diakonie-bayern.de

Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen

Beim Gespräch mit Vertretern des Bündnisses (Dr. Hanneli Döhner von wir pflegen, Franz Wagner vom DBfK, Michael Schmidt von der AWO Hessen, Sabine Jansen von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft) mit Claudia Roth und Elisabeth Scharfenberg von Bündnis 90/Die Grünen gab es große Übereinstimmung, was die nötigen Änderungen in der Pflege betrifft, wobei es bei der Umsetzung noch offene Fragen gibt.

Claudia Roth berichtete von der Mitgliederbefragung ihrer Partei, die die Bürgerversicherung als eines von neun Top-Themen aus dem Wahlprogramm gewählt hatte. „Wir brauchen eine Werte-Debatte, Solidarität und eine bessere Anerkennung für die Pflege“, sagte Claudia Roth. Mit der Bürgerversicherung soll aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen mehr Geld für die Pflege ins System kommen.

Elisabeth Scharfenberg sah wie die Bündnis-Vertreter/innen verschiedene Stellschrauben, an denen dringend gedreht werden müsse. Dazu gehöre neben dem Pflegebedürftigkeitsbegriff, der Pflegenotstand, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, die Flexibilisierung von Leistungen und die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum, von dem es viel zu wenig gibt. Ein besonderer Schwerpunkt des Gesprächs war die Situation von Migrantinnen und Migranten, die von Pflegebedürftigkeit betroffen sind und vielfach noch in familiären Strukturen gepflegt werden. Mit der Änderung der Lebensbedingungen kommen immer mehr Menschen mit einem Migrationshintergrund in eine Situation, die professionelle Pflege nötig macht. Die Menschen dann kultursensibel zu pflegen, ist eine große Herausforderung – darin waren sich die Vertreterinnen von Bündnis 90/Die Grünen und die Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses für Gute Pflege einig.

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 DbfK: Weiterhin kein Schutz für verantwortungsbewusste Whistleblower (Hinweisgeber)

[nach oben](#) ↑

Weiterhin kein Schutz für verantwortungsbewusste Whistleblower (Hinweisgeber)

Berlin, 18. Juni 2013

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass es in Deutschland auch weiterhin keinen wirksamen Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) geben wird. Der Bundestag lehnte in der Sitzung vom 13. Juni kurz nach Mitternacht drei Gesetzesinitiativen hierzu mit einem knappen Nein und ohne Aussprache ab. „Auch wenn dieses Thema für Politiker offenbar wenig Relevanz hat, für alle Beteiligten in der Pflege ist es von großer Bedeutung“, sagte dazu heute DBfK-Referentin Johanna Knüppel in Berlin. „Kranke und pflegebedürftige Menschen brauchen Schutz; sie müssen sich darauf verlassen können, dass beruflich Pflegenden ihre professionelle Verantwortung wahrnehmen und Versorgungsdefizite und Gefahren in geeigneter Weise beim Namen nennen. Meldungen von Mängeln und Fehlern dürfen keine Schuldzuweisungen und Repressalien zur Folge haben, sondern sind eine wichtige Chance auf Verbesserung. Deshalb ist die Tatenlosigkeit der Politik an dieser Stelle ein fatales Signal an die Berufsgruppe Pflege“, so die Referentin weiter.

Der Bundestag stützte sich in seiner Entscheidung auf die Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales vom 28. Februar 2013. Während die Oppositionsparteien einen ausdrücklichen und besseren Schutz von Hinweisgebern für überfällig erachten, argumentieren CDU/CSU und FDP mit einer Vielzahl bestehender Gesetze, die Anzeigerechte von Mitarbeitern regeln. Es werde deshalb kein Sondergesetz gebraucht. Spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zugunsten der Altenpflegerin Brigitte Heinisch am 21. Juli 2011 allerdings steht Deutschland zunehmend in der Kritik, nicht genug für den Schutz von Hinweisgebern vor Diskriminierung und arbeitsrechtlicher Benachteiligung zu tun. Nicht nur der Europäische Gerichtshof, sondern auch die G20-

Erklärung aus 2010 verpflichten den deutschen Gesetzgeber, den Schutz von Hinweisgebern am Arbeitsplatz zu konkretisieren und zu verbessern. Allein mit dem häufig angeführten Maßregelungsverbot in § 612a BGB sei es nicht getan.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.2 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: erhält Auszeichnung für hervorragende Publikationen

[nach oben](#) ↑

Berlin, 24.06.2013. **Die Informationsmaterialien der Deutschen Alzheimer Gesellschaft wurden in München mit dem Dr. Georg Schreiber-Medienpreis ausgezeichnet.**

Zum zehnten Mal hat die AOK Bayern den Medienpreis, der eine fundierte Berichterstattung in den Themenfeldern Gesundheit und Soziales fördern soll, in mehreren Kategorien vergeben. Die Preisverleihung fand am 21. Juni 2013 im Literaturhaus München statt.

Den mit 5.000 Euro dotierten Ehrenpreis für herausragendes publizistisches Engagement zugunsten gesundheitspolitischer und sozialer Belange erhielt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft für ihren Ratgeber „Das Wichtigste über die Alzheimer-Krankheit und andere Demenzformen“ sowie für die seit 1997 vierteljährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift „Alzheimer Info“.

Die ehemalige bayerische Sozialministerin Christa Stewens hob in ihrer Laudatio hervor, dass die Deutsche Alzheimer Gesellschaft damit entscheidend helfe, einem gravierenden und ständig zunehmenden Problem der gesamten Gesellschaft zu begegnen. An dem Ratgeber „Das Wichtigste“, der an Betroffene und Interessierte kostenlos verteilt wird, sei besonders anzuerkennen, dass er in umfassender und verständlicher Weise über die Alzheimer-Krankheit und andere Formen der Demenz informiere. Die Zeitschrift „Alzheimer Info“ zeichne sich dadurch aus, dass sich darin sowohl Fachleute als auch Laien und Betroffene zu einem breiten Spektrum von Themen im Umkreis der Demenz äußerten. Darunter seien, so hob Frau Stewens hervor, neben fachlich-informativen auch sehr anrührende Beiträge.

Professor Alexander Kurz nahm als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Alzheimer Gesellschaft den Ehrenpreis entgegen und sagte: „Gute Information ist die beste Voraussetzung, um mit einer Demenzerkrankung zurecht zu kommen. Ebenso wichtig ist es zu vermitteln, dass es auch mit der Krankheit viele Augenblicke der gemeinsamen Freude für Gesunde und Erkrankte gibt.“ Alexander Kurz dankte der AOK Bayern und der Jury. Das Redaktionsteam mit Hans-Jürgen Freter, Sabine Jansen, Susanna Saxl (Berlin) und Andrea Böhm (München) freue sich sehr über die Auszeichnung und sehe darin einen Ansporn für die weitere Arbeit.

Die ausgezeichneten Veröffentlichungen

Deutsche Alzheimer Gesellschaft (Hrsg.): „Das Wichtigste über die Alzheimer-Krankheit und andere Demenzformen“, 48 Seiten, 22. Auflage, 2012. Autor: Prof. Dr. Alexander Kurz, Technische Universität München, Klinik für Psychiatrie. Bezug kostenlos über die DAIZG oder als Download im Internet.

„Alzheimer Info. Nachrichten der Deutschen Alzheimer Gesellschaft“ erscheint seit 1997 vierteljährlich, 20-24 Seiten. Kostenlos für alle Mitglieder der Deutschen Alzheimer Gesellschaft und der regionalen Alzheimer-Gesellschaften. Bestellung von Einzelexemplaren für 3 Euro, Probeheft kostenlos.

2.3 Diakonie erwartet von der Politik entschiedenes Handeln

[nach oben](#) ↑

26.06.2013 - Die Diakonie erwartet von der Bundesregierung, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff zeitnah umgesetzt und auf ein solides finanzielles Fundament gestellt wird.

"Wir begrüßen die Empfehlungen des Expertenbeirats, auf die die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen schon seit Langem warten. Aber: Ohne ausreichende Finanzierung der erforderlichen Leistungen, bleiben die dringend notwendigen Verbesserungen für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte aus. Das darf nicht passieren", erklärt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland am Mittwoch in Berlin. Anlass ist die Übergabe des Berichts des Expertenbeirats am Donnerstag.

Damit die dringend nötigen Veränderungen im Zusammenhang mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff bei den Betroffenen ankommen, seien die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und dürfe die Politik die Mehrausgaben nicht zu niedrig anzusetzen. "Die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs kann nicht kostenneutral erfolgen. Dies zeigen die Modellrechnungen des Beirats und unsere Erfahrungen aus der Praxis. Die pflegebedürftigen Menschen, ihre Angehörigen sowie die Mitarbeitenden in den Einrichtungen und Diensten warten schon zu lange darauf", betont Loheide.

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff stuft pflegebedürftige Menschen entsprechend ihrer Selbstständigkeit bezogen auf Aktivitäten und Lebensgestaltung ein. Dies wird sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege zu Höherstufungen führen, da die bisherige Beschränkung auf bestimmte, körperbezogene Verrichtungen entfällt. "Diese Höherstufungen müssen mit höheren Leistungen der Pflegeversicherung einhergehen. In der stationären Pflege muss der Personalschlüssel entsprechend dem Hilfe- und Pflegebedarf der Bewohner erhöht werden. Der Mehrbedarf an Pflegekräften muss sich in den Pflegesätzen widerspiegeln", fordert Loheide.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.
Ute Burbach-Tasso, Pressesprecherin

Telefon 030 65211-1780
E-Mail: pressestelle@diakonie.de

2.4 Diakonie: Gespräche mit Praktikern des Mathilde-Tholuck-Hauses zeigen den pflegepolitischen Handlungsdruck

[nach oben](#) ↑

Gespräche mit Praktikern zeigen den pflegepolitischen Handlungsdruck

Am 3. Juli besuchte Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, das Mathilde-Tholuck-Haus, eine Pflegeeinrichtung für dementiell erkrankte Seniorinnen und Senioren des Diakoniewerks Halle. Im Gespräch mit Leitung und Mitarbeitenden wurden das hohe Engagement und die große fachliche Kompetenz vor Ort deutlich. Sowohl das ausgeklügelte architektonische Konzept des Hauses als auch die pflegerischen Angebote gehen speziell auf die Bedürfnisse körperlich mobiler, aber an Demenz leidender Seniorinnen und Senioren mit Verhaltensauffälligkeiten ein. Zugleich zeigte sich aber auch der dringende politische Handlungsbedarf, den die Diakonie in ihren pflegepolitischen Forderungen zur Bundestagswahl zum Ausdruck bringt.

„Die alltäglichen, praktischen Erfahrungen der Mitarbeitenden in der Einrichtung bestätigen unsere Forderungen: die Pflegeberufe verdienen sehr viel mehr gesellschaftliche Anerkennung und eine gute Bezahlung. Es muss mehr Zeit für die pflegebedürftigen Menschen und weniger Zeit für bürokratischen Aufwand bleiben“, sagte Maria Loheide. Diskutiert wurden die großen Herausforderungen, vor denen die Angehörigen der Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung stehen.

„Pflegerische Angehörige brauchen Unterstützung! Zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit, Pflegekurse und Beratung, einen eigenständigen Anspruch auf Reha-Maßnahmen, damit die eigene Gesundheit nicht aus dem Blick gerät“, fordert Loheide. Obwohl gerade Demenzpatienten in der Regel eine rund-um-die-Uhr-Versorgung brauchen, versuchen viele Angehörige dies zu Hause zu leisten und sind häufig mit den eigenen Kräften am Ende, wenn sie zum ersten Gespräch in die Einrichtung kommen, berichtet eine Mitarbeiterin.

Das Mathilde-Tholuck-Haus wurde 2004 eröffnet und beherbergt auf zwei Wohnbereichen 50 Demenzerkrankte. In Rundumbetreuung wird den Bewohnerinnen und Bewohnern ein würdiges Leben mit ihrer Krankheit ermöglicht. Neben der medizinischen Versorgung gehören auch sozial- und bewegungstherapeutische Angebote zum Repertoire des Pflegeheimes.

2.5 ver.di: Pflegebedürftige stecken in Schwarz-Gelber Warteschleife

[nach oben](#) ↑

Pflegebedürftige stecken in Schwarz-Gelber Warteschleife

26.06.2013

Zu der für Donnerstagvormittag geplanten Übergabe des Abschlussberichts des Expertenbeirats zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr erklärte Sylvia Bühler, Bundesvorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) heute in Berlin: „Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat augenscheinlich kein Interesse an der Pflege, nicht anders lässt es sich erklären, dass der Expertenbeirat dem Minister seinen Abschlussbericht erst am vorletzten Sitzungstag der Legislaturperiode übergibt. Damit ist ausgeschlossen, das dringend notwendige Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode zu verabschieden.“

ver.di fordert von der zukünftigen Bundesregierung, dass mit der Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs unverzüglich begonnen wird. „Die Umsetzung muss ins 100-Tage-Programm aufgenommen werden“, fordert Bühler. In der nächsten Legislaturperiode müsse endlich gehandelt werden. Seit mehr als sieben Jahren würden Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und beruflich Pfleger mit leeren Versprechungen und immer neuen Beiräten hingehalten. „Diese Warteschleife muss beendet werden. Wir haben kein Wissensdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit in der Politik“, kritisiert Bühler.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wachse, der Kreis der Anspruchsberechtigten müsse auf Menschen mit Demenz ausgeweitet werden und die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege müssten deutlich verbessert werden, so die Gewerkschafterin.

Pressekontakt
Martina Sönnichsen
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011 bzw. -1012
Fax: 030/6956-3001
E-Mail: pressestelle@verdi.de

2.6 AWO: Abschlussbericht Pflegebedürftigkeitsbeirat – Mut und Weitblick fehlen

[nach oben](#) ↑

Abschlussbericht Pflegebedürftigkeitsbeirat – Mut und Weitblick fehlen

Berlin, 27. Juni 2013. Nach sieben langen Jahren liegt der Bericht des Beirates zur Entwicklung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines neuen Pflegebegutachtungsinstrumentes vor. „Die AWO hat auf einen Paradigmenwechsel in der

Pflege gehofft“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, doch diesen wird es leider nicht geben. „Auch wenn der Bericht deutlich macht, dass eine zweite Beiratsarbeit notwendig war und auch nach Einführung des neuen Systems Anpassungen erforderlich sein werden, fehlt es insgesamt an Mut und Weitblick“, fasst Döcker zusammen. Positiv zu bewerten ist aus Sicht der AWO, dass mit dem jetzt vorgelegten Begutachtungsinstrument die strukturelle Ungleichbehandlung von somatischen und kognitiven Beeinträchtigungen abgeschwächt werden könnte. Ob sie sich aufheben lässt, wird der Praxiseinsatz zeigen müssen. Auch die über Jahre kritisierte Einstufungspraxis bei pflegebedürftigen Kindern konnte durch Überarbeitungen des Erhebungsinstrumentes deutlich verbessert werden, wodurch das Risiko von Benachteiligungen durch Fehleinstufungen vermindert werden konnte.

Dass der erhoffte Paradigmenwechsel in der Pflege ausblieb, liegt nach Meinung Döckers daran, dass die gesamte Beiratsarbeit zu stark davon geprägt war, am Status Quo des gegenwärtigen Finanz- und Leistungsrahmens der Pflegeversicherung festzuhalten. „Bisherige Leistungen hätten auf den Prüfstand gestellt und durch zukunftsweisende innovative Versorgungsansätze ersetzt werden müssen“, kritisiert Döcker. Darüber hinaus sei die Absicht, Teilhabeleistungen zu stärken zu theoretisch geblieben. Dadurch würden Menschen mit Pflegebedarf hinsichtlich ihres Teilhabeanspruchs auch weiterhin benachteiligt. Ein Paradigmenwechsel wäre nur unter Beachtung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und einer daran angepassten Neuausrichtung von Versorgungsstrukturen in der Pflege und darüber hinaus möglich gewesen. Dafür bräuhete es ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept und die Erkenntnis, dass die Investition in Pflege für die Würde einer Gesellschaft sehr bedeutsam ist. Diese Grundlagen fehlen aber in dem jetzt vorgelegten Abschlussbericht.

Mona Finder
AWO Bundesverband e. V.
Pressesprecherin

T.: + 49 (0)30 26 309 222
F.: + 49 (0)30 26 309 32 222
Mobil: +49 (0)172 - 261 50 14
www.awo.org
mona.finder@awo.org

2.7 AWO: Pflegedebatte im Bundestag – Vier verlorene Jahre für Pflegebedürftige

[nach oben](#) ↑

Pflegedebatte im Bundestag – Vier verlorene Jahre für Pflegebedürftige

Berlin, 27. Juni 2013. „Es ist bezeichnend, dass das gesellschaftspolitisch so relevante Thema der Pflege nur Dank mehrerer Anträge der Opposition auf der heutigen Tagesordnung des Bundestages steht,“ kritisiert AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker und ergänzt: „Obwohl die Zeit drängt, hat die Bundesregierung bei den wichtigsten Aspekten der Pflege - ihrer dauerhaft sicheren Finanzierung und der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes - versagt. Die letzten vier Jahre sind verlorene Jahre für alle Pflegebedürftigen und ihre Pflegenden.“

Tatsächlich hatte die derzeitige Bundesregierung im Jahr 2011 vollmundig das Jahr der Pflege ausgerufen, aber dann mit Ach und Krach 2012 gerade mal ein „Reförmchen“ (Mini-Bahr) geliefert, das die drängenden Fragen zur Zukunftsfähigkeit der Pflegeversicherung nicht im Grundsatz beantworten konnte. Dazu zählen die nachhaltige und zukunfts feste Finanzierung der Pflegeversicherung sowie die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Zum ersten konnte sich die Koalition nur zu einem Zuschuss von fünf Euro bei Abschluss einer privaten Zusatzversicherung durchringen und zum zweiten wurde das Thema in einen Beirat vertagt, der nun -ebenfalls am vorletzten Sitzungstag- seinen Bericht vorlegt. „Eine neue Regierung darf keine Zeit verlieren, um eine wirkliche Reform der Pflegeversicherung auf den Weg zu bringen und sie zu einem zentralen Projekt ihrer Amtszeit zu machen“, fordert Döcker.

Hintergrund: In seiner vorletzten Sitzung vor der Sommerpause wird der Bundestag heute,

am 27. Juni 2013 über grundsätzliche Fragen der Pflegepolitik anlässlich eines ein SPD-Antrags zu einer umfassenden Pflegereform und eines Antrags von Bündnis 90/Die Grünen zum „Pflege-TÜV“ beraten.

Mona Finder
AWO Bundesverband e. V.
Pressesprecherin

T.: + 49 (0)30 26 309 222
F.: + 49 (0)30 26 309 32 222
Mobil: +49 (0)172 - 261 50 14
www.awo.org
mona.finder@awo.org

2.8 ZWST organisiert zertifizierte Schulung für Demenzbegleiter

[nach oben](#) ↑

Selig, die niemals sagen: „Diese Geschichte haben Sie mir schon zweimal erzählt“

ZWST organisiert zertifizierte Schulung für Demenzbegleiter

Die umgekehrte Alterspyramide spiegelt sich verstärkt in den jüdischen Gemeinden wider, was dazu führt, dass auch die Anzahl der Menschen, die an Demenz erkranken, stetig zunimmt. Damit steigt auch der Bedarf hinsichtlich der Pflege und Betreuung. Dies umso mehr, da es sich bei den betroffenen Gemeindemitgliedern fast immer um Zuwanderer handelt, die den Holocaust überlebt haben. Der Umgang mit ihnen erfordert daher mehr Wissen und eine höhere Sensibilität. In vielen Familien, vor allem mit Migrationshintergrund, wird dieses Thema tabuisiert. Ähnlich wie bei einer psychischen oder körperlichen Behinderung fällt es schwer, sich offen damit auseinanderzusetzen. In den Herkunftsländern wie Russland oder der Ukraine wird bis heute mit einer Demenzerkrankung umgegangen wie mit einem Makel, den man besser in den eigenen 4 Wänden versteckt.

Heute weiß man wesentlich mehr über diese Krankheit, das Fortschreiten kann bei frühzeitiger Diagnose verlangsamt, die Symptome können abgemildert werden. Neben der alleinigen Pflege durch Angehörige oder der Unterbringung in einem Seniorenzentrum, gibt es mittlerweile vielversprechende Projekte und niedrigschwellige Angebote, die alternative Wege gehen.

Schon vorher Thema in verschiedenen Seminaren, hat sich die ZWST mit einem Seminar im August 2012 verstärkt diesem Thema angenommen, um eine Antwort auf die wachsenden Anforderungen im Bereich der sozialen Unterstützung und Angebotsgestaltung zu geben. Nach ersten Fortbildungsreihen für Haupt- und Ehrenamtliche in den Jahren 2007/2008 startete die ZWST vom 01. bis 04. Juli 2013 eine zweiteilige Schulung zum Demenzbegleiter, geleitet von Graziella Gubinsky (ZWST-Sozialreferat). Diese Fortbildung richtet sich in erster Linie an ehrenamtliche Mitarbeiter von jüdischen Gemeinden, Seniorenzentren und Pflegediensten und soll sie befähigen, spezifische Angebote (z.B. Tagesangebote) zu organisieren. Die Schulung kann nach erfolgreicher Teilnahme mit einem Zertifikat (§ 45b SGB XI) abgeschlossen werden.

Mit hoher Einfühlsamkeit führte Eva Matip, Diplompsychologin und Supervisorin (Alzheimerhilfe DRK Bochum) am ersten Seminartag in das Thema ein und stellte niedrigschwellige Betreuungsangebote für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz vor.

Abgerundet wurde dieser Einstieg mit einem Film „Und wenn wir alle zusammen ziehen“, der sich auf amüsante Weise des Themas „neue Wohnformen“ annahm. Für eine kompetente Einführung sorgte Liane Jung, Sozialarbeiterin und Leiterin des Informationsbüros Demenz in Bad Kreuznach.

Dr. Valentina Tesky, die schon im vergangenen Jahr sehr gut angekommen war, lieferte am zweiten Seminartag die theoretischen "Basics" zum Krankheitsbild, Symptomen und Behandlungsmöglichkeiten. Hier war unter anderem der Hinweis wichtig, genau zu unterscheiden: Nicht jeder ältere Mensch mit einem z.B. schlechter werdenden Kurzzeitgedächtnis leidet an einer beginnenden Demenz, die man heute genau diagnostizieren kann. Darauf aufbauend waren ihre praxisbezogenen Tipps für den alltäglichen Umgang und Kommunikation mit dem Betroffenen sehr hilfreich.

Wie schon am ersten Seminartag wurde deutlich, dass unter anderem auf die verborgenen Ressourcen des Betroffenen geschaut werden muss, die es zu fördern gilt. Auch gaben die Referentinnen Ratschläge, welche Verhaltensweisen man gegenüber Menschen mit einer Demenzerkrankung vermeiden sollte.

Sehr wertvoll für pflegende Angehörige und ehrenamtliche Kräfte war der Vortrag von Shlomo Raskin zum Thema „Demenz aus jüdisch-religiöser Sicht“: Der Vorbeter und Torahgelehrte der jüdischen Gemeinde Frankfurt verdeutlichte anhand von Zitaten aus der Torah, dass im Judentum die familiäre Verantwortung des Einzelnen fest verankert ist, er sich aber bei der Betreuung eines erkrankten Angehörigen selbst nicht aufgeben darf.

Auch Stephan Hoffmann, Sozialarbeiter und Notfallseelsorger der Alzheimergesellschaft in Wiesbaden, betonte, dass die „Fremd- und Eigensorge zwei Seiten derselben Medaille“ seien. Er bezeichnete die Angehörigen als „Pendler“ zwischen zwei Welten, die zunächst das eigene Verhalten reflektieren und sich selbst wertschätzen müssten, bevor sie in die Welt des Erkrankten „eintauchen“. Ganz wichtig sei hier ein soziales Netzwerk und die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten, wie z.B. die Demenzbegleiter, die mit der erforderlichen emotionalen Distanz für Entlastung sorgen können.

Sehr hilfreich war sein übersichtlicher Einstieg in die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung: von der Antragstellung über die Begutachtung bis hin zur Möglichkeit des Widerspruchs. Mit viel Empathie und Praxisnähe gab er Ratschläge zum Umgang mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK), wie z.B. bei entwürdigendem Verhalten durch den jeweiligen Gutachter. Er machte den 21 Seminarteilnehmern klar, dass sie nicht als Bittsteller auftreten, sondern als Anspruchsberechtigte, daher sei es wichtig, gut über die eigenen Rechte und Möglichkeiten Bescheid zu wissen.

„Ihre demenzkranke Mutter ist ja noch sehr beweglich, da kann sie nicht in die Pflegestufe 3 kommen.“ In kleinen Workshops konnten die Teilnehmer adäquate Reaktionen auf diese und andere möglichen Aussagen eines Gutachters testen und diskutieren.

Etwas abweichend von herkömmlichen Lehrmethoden gehörte ein Bewegungs-Workshop mit Ulrich Frey, Clown und Autor aus Friedberg zum Seminarprogramm. Ulrich Frey arbeitet im jüdischen Altenzentrum in Frankfurt mit an Demenz erkrankten Senioren. „Der Workshop von Herrn Ulrich Frey hat mir gut gefallen. Er hat uns das Fühlen und Verhalten von dementen Menschen näher gebracht, indem er uns wissentlich in verwirrete Situationen versetzt hat“, so die Seminarteilnehmerin Judith Szepesi aus Frankfurt/M.

Teilnehmerin Fayina Linetskaya (53, 1999 aus der Ukraine zugewandert), seit 2008 engagiert in der Bikkur Cholim-Gruppe der jüdischen Gemeinde Chemnitz, zurzeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD), konnte mit diesem Workshop weniger anfangen, aber: „Ich möchte diese Krankheit besser verstehen, um den Leuten helfen und mit ihnen kommunizieren zu können. Die professionellen Referenten waren super, ich habe viel gelernt: Wie kann man Demenz erkennen, wie kann man sie frühzeitig behandeln, wie kann der alltägliche Umgang funktionieren. Welche Ansprüche haben die Betroffenen, welche Anträge muss man stellen, welche Unterstützung benötigen die pflegenden Angehörigen.“ Galyna Fedosova (54, 1998 aus der Ukraine zugewandert), auch in der Bikkur-Cholim-Gruppe in Chemnitz, zurzeit BFD, ist gesetzliche Betreuerin einer älteren Dame, die an Demenz erkrankt ist: „Ich kenne sie seit 8 Jahren und sehe das Fortschreiten der Krankheit. Daher ist diese Fortbildung für mich ganz wichtig, um meine Kenntnisse zu vertiefen.“

Elena Remennikova (52, 2005 aus Moskau zugewandert), engagiert sich seit einigen Jahren in der jüdischen Kultusgemeinde Dortmund als Sozialhelferin in der Seniorenarbeit, aktuell im Rahmen des BFD. Sie wünscht sich weitere Hilfe und Unterstützung für ihre Tätigkeit in der Gemeinde und nimmt differenzierteres Wissen und mehr Kraft für ihre zukünftige Arbeit mit nach Hause. „Für mich waren vor allem die menschlichen Aspekte des Umgangs mit an Demenz erkrankten Senioren wichtig, vor allem auch aus jüdisch-religiöser Perspektive.“

Eine Rückmeldung von Stephan Hoffman beinhaltet für die Teilnehmer und die ZWST ein großes Lob: „Mich beeindruckte eine intensiv spürbare Gastfreundschaft. Ich traf sensible und empfängliche Menschen, die spüren, ob der Referent fachlichen Tiefgang und offene Herzlichkeit miteinander verbindet. Erfahrbar war für mich eine vertrauensvolle Offenheit und ein sich entwickelnder Mut, den Blick und die eigene Persönlichkeit nach vorne zu richten. Diese Erfahrungen erfüllen mich mit großer Dankbarkeit. Ich freue mich auf die weitere gegenseitige Wegbegleitung.“

Paulette Weber, Leiterin des ZWST-Sozialreferates betont: „Die Rückmeldungen der Teilnehmer haben uns nicht zum ersten Mal deutlich gemacht, wie hoch der Bedarf in den Gemeinden ist. Die ZWST wird sich auch zukünftig verstärkt diesem Thema widmen!“ Der zweite Teil dieser Schulung findet vom 11. bis 14. November 2013 statt. HvB, ZWST

Info und Kontakt:

Heike von Bassewitz, bassewitz@zwst.org, ZWST-Öffentlichkeitsarbeit

Paulette Weber, weber@zwst.org, ZWST-Sozialreferat, Leitung

www.zwst.org

2.9 Volkssolidarität: Gutachten von Thomas Sießegger: Pflege-Neuausrichtungsgesetz bedroht ambulante Pflegedienste

[nach oben](#) ↑

Pflege-Neuausrichtungsgesetz bedroht ambulante Pflegedienste

„Die vom Gesetzgeber im Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) gewünschte Wahlmöglichkeit zwischen einer Abrechnung entweder nach Leistungskomplexen oder nach einer Zeitabrechnung ist nicht umsetzbar.“ Das ist das Fazit einer Analyse des unabhängigen Gutachters Thomas Sießegger aus Hamburg. „Die Wechselwirkung der Stundensätze zwischen beiden Systemen lässt sich nicht berechnen.“ Sießegger stellte die Ergebnisse seines vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin in Auftrag gegebenen und von der Volkssolidarität mit angeregten betriebswirtschaftlichen Gutachtens am 5. Juli 2013 in Berlin vor.

Im Mittelpunkt des Gutachtens stehen die Wechselwirkungen von Stundensätzen zwischen der Abrechnung von Zeitkontingenten und Leistungskomplexen mit dem Schwerpunkt ambulante Pflege. Mit dem in Kraft treten des PNG am 1. Januar 2013, können Pflegebedürftige bei Grundpflegeleistungen durch den ambulanten Pflegedienst selbst wählen, ob sie diese nach Zeit oder wie bisher in Form von Leistungskomplexen in Anspruch nehmen wollen. Die ambulante Pflege ist dadurch gefordert, die Vergütung der Pflegestunde mit den Kostenträgern neu auszuhandeln.

Anhand von Musterkalkulationen machte Sießegger deutlich, wie schwierig es ist, die Vergütung zwischen Zeit- und Leistungssystemen zu berechnen. Dafür müssten die Stundensätze und Punktwerte erhöht werden, um eine Insolvenz ambulanter Dienste zu verhindern. Die Kosten genau zu berechnen werde auch dadurch erschwert, dass ambulante Pflegedienste nicht nur Leistungen für die Pflegeversicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XI erbringen und abrechnen, sondern zugleich Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung nach SGB V (z.B. häusliche Krankenpflege) oder der Sozialversicherung nach SGB XII und für Selbstzahler erbringen.

„Selbst wenn die tatsächlichen Kosten pro Stunde ausgerechnet werden können, kommt es durch die Wechselwirkung beider Systeme zu einer massiven Beeinflussung bzw. zu Risiken“, betonte der Gutachter. Das führe zu einer Kostensteigerung der Leistungskomplexe. „Hinzu kommt, dass mit der Einführung der Minutenpflege das Solidarprinzip in der Pflege aufgegeben wurde. Dies birgt die Gefahr, dass ambulante Dienste zukünftig mit einem finanziellen Verlust zwischen 13-20 Prozent rechnen müssen.“

Mit seiner Analyse verdeutlichte Sießegger die Brisanz der Zeitabrechnung und deren Folgen

für die ambulante Pflege. Zugleich gab er konkrete Tipps für die Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen. Weil die Vergütung nicht verändert wurde, während gleichzeitig die Kosten in der ambulanten Pflege gestiegen sind, ist laut Sießegger eine bessere Bezahlung der Leistungskomplexe dringend erforderlich.

Die Leistungserbringer in der Pflege stehen je nach Bundesland kurz vor Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen oder verhandeln. Allein in Bremen und Niedersachsen kam es zu einer Einigung über die Vergütungssätze. In verschiedenen Ländern, wie zum Beispiel in Berlin, wurden diese Verhandlungen ausgesetzt, weil die Angebote der Krankenkassen bisher zu niedrig waren, um die Refinanzierung der ambulanten Pflege zu gewährleisten.

Der Versuch, mit der Einführung der Zeitkontingente den pflegebedürftigen Menschen im Rahmen der Pflegeversicherung mehr Auswahlmöglichkeiten zu geben und Leistungen flexibler abzufordern, ist sicher gut gemeint. Er ist aber eher ein Placebo für die ausgebliebene Reform der Pflege, die im Kern mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff das bisherige Korsett der Minutenpflege hätte überwinden müssen. Jetzt muss die Pflege in vielen Bereichen mit dem Stückwerk des PNG umgehen und zurecht kommen. In der Praxis führt dies zu vielen Irritationen, zu bürokratischem Mehraufwand und zu höheren finanziellen Risiken für die Leistungserbringer, auch in der Volkssolidarität.

Es wird an vielen Stellen deutlich, dass dieses Stückwerk keinen Bestand haben kann. Darauf wurde in der Stellungnahme der Volkssolidarität Bundesverband e.V. vom 14. Mai 2012 hingewiesen. Dringend notwendig ist eine umfassende Pflegereform, die mehr Gerechtigkeit für alle pflegebedürftigen Menschen schafft und die fragwürdigen Provisorien überwindet. Eine solche Reform muss den Weg öffnen für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und für eine solidarische Finanzierung der Pflege, heißt es in der Stellungnahme.

2.10 AWO Schleswig-Holstein verleiht erstmals Innovationspreis am 1. Dt. Diversity-Tag

[nach oben](#) ↑

AWO verleiht erstmals Innovationspreis

Kiel, 11. Juni 2013. Anlässlich des 1. Deutschen Diversity-Tags hat die AWO Pflege Schleswig-Holstein am 11. Juni erstmals den AWO Innovationspreis für neuartige und kreative Projekte und Ideen innerhalb der AWO Einrichtungen und Dienste verliehen. Ausgezeichnet wurden der Qualitätszirkel der Kieler Servicehäuser für „Das neue Tagesprofil“, eine pragmatischere, übersichtlichere und kundenbezogenere Form der Pflegedokumentation, die den bisherigen Dokumentationsaufwand reduzieren soll, sowie das AWO Servicehaus Friesischer Berg in Flensburg für die kreative, generationsübergreifende Umgestaltung und Bewirtschaftung des Gartens der WOHNpflege durch AWO-Mieter und Schüler der Auguste-Victoria-Schule aus dem Stadtteil.

[Mehr Informationen](#)

2.11 Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk: Pflegesystem erfordert umfängliche Reformen – aber es fehlt der politische Gestaltungswille

[nach oben](#) ↑

Pflegesystem erfordert umfängliche Reformen – aber es fehlt der politische Gestaltungswille

Gefordert werden seit Jahren: Pflegebedürftigkeitsbegriff verbessern und Pflegenotstand auflösen, Finanzierung dauerhaft sichern, Quartierskonzepte unterstützen

21.06.2013 Im Newsletter von "Bündnis für gute Pflege" vom 17.06.2013 heißt es u.a.:
„... wir dürfen gespannt sein: am 27. Juni 2013 soll der Bericht des Expertenbeirates zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff offiziell an den Bundesgesundheitsminister übergeben

werden. Klaus-Dieter Voß, Vorsitzender des Beirats, berichtete auf der Veranstaltung unseres Bündnisses "Das verflixte 7. Jahr - Kommt nun endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?" am vergangenen Mittwoch von einer 10-stündigen Marathonsitzung am Abend zuvor, in der letzte Änderungen eingearbeitet wurden. ..."

Dazu ergibt sich:

Was bei dem amtierenden „Expertenbeirat zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff“ abläuft, ist eine einzige Alibiveranstaltung der Regierungskoalition, um vor der Bundestagswahl Aktivitäten im Interesse der pflegebedürftigen Menschen, der Demenzkranken, vorzutäuschen. Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk vermutet, dass die Reformschritte des Deutschen Bundestages in Sachen Pflege maßgeblich vom Bundesverband der Arbeitgeber (mit) bestimmt werden. Richtig wäre, die Betroffenen verstärkt einzubinden!

Tatsache ist, dass die wesentlichen Vorgaben für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff seit 2009 parat liegen und im mehrfach ausgerufenen „Jahr der Pflege“ längst hätten umgesetzt werden können. Dr. Jürgen Gohde, Vorstand Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA), hat es sehr treffend gesagt: „Es fehlte der politische Gestaltungswille“. - Der Pflgetreff in Neuss brachte das alles noch einmal auf den Punkt.

-> <http://www.wernerschell.de/forum/neu/viewtopic.php?t=18156>

Dazu passend ein Zitat in CAREkonkret, Die Wochenzeitung für Entscheider in der Pflege (14.06.2013):

„Wir werden eine inhaltsleere Frechheit überreichen, ohne dass ersichtlich wird, was für die Pflegebedürftigen dabei herkommt.“

Ein - anonym bleiben wollendes - Mitglied des Expertenbeirats zur Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs gegenüber der 'taz'.

[Quelle](#)

Wir müssen daher das Thema vor der Bundestagswahl abhaken und auf die nächste Legislaturperiode setzen. Allerdings wird es dann bei einer Pflegereform nicht nur um den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, sondern auch um andere Themen, wie den Pflegenotstand und die sozialverträgliche und dauerhafte Finanzierung des Systems gehen müssen.

Der Pflegenotstand ist für Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk einer der Hauptknack-punkte. Wenn es nämlich nicht gelingt, die Arbeitsbedingungen in der Pflege durch deutlich verbesserte Stellenschlüssel erträglicher zu gestalten, wird sich an den systemischen Mängeln nichts ändern. Mit verbesserten Stellenschlüsseln (auf der Grundlage eines bundeseinheitlich geltenden Personalbemessungssystems) können wir uns auch die ständigen Forderungen nach (billigen) ausländischen Pflegekräften (zumindest zur Zeit) ersparen. Wenn wir nämlich vernünftige Rahmenbedingungen in der Pflege gestalten, werden wir auf dem deutschen Arbeitsmarkt genügend Pflegekräfte mobilisieren können (eingeschlossen diejenigen, die wegen der Arbeitsverdichtungen usw. die Pflege verlassen haben). Das alles muss, wie seit Jahren gefordert, von einer Ausbildungs- und Einstellungsoffensive begleitet werden! - Folgerichtig wird Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk den übernächsten Pflgetreff in Neuss (Anfang 2014) ausschließlich dem Pflegenotstand widmen!

-> <http://www.wernerschell.de/forum/neu/viewtopic.php?t=19125>

III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.: Seminar Pflege und alternde Gesellschaft vom 22.07.-24.07.2013 in Kochel am See

[nach oben](#) ↑

Pflege und alternde Gesellschaft

Der demographische Wandel lässt uns zu einer „alternden Gesellschaft“ werden. Doch während die Zahl der pflegebedürftigen Menschen immer weiter ansteigt, sinkt die Zahl der ausgebildeten Fachkräfte. Sind wir selbst im Alter auf uns allein gestellt? Was kann die

Sozialpolitik tun, um angemessen auf die höhere Lebenserwartung zu reagieren?

Wochenendseminar

Preis in €: 86

Seminarleitung:

Melanie Klimmer

Hier geht es zur [Anmeldung](#).

3.2 Seniorennetzwerk Costa Blanca: 26.07., Dénia, Vorstellung des Gutachtens zur Klage gegen die Nichtgewährung von Pflegesachleistungen im Ausland

[nach oben](#) ↑

Klage gegen die Nichtgewährung von Pflegesachleistungen im Ausland Der Countdown läuft!

Bei Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995, war die Einschränkung der Leistungen eine willkürliche Entscheidung der Politik denn gemäß § 34 Abs.1 Satz 1 SGB XI ruht der Anspruch auf Leistungen solange sich der Versicherte im Ausland aufhält.

Spezifische Klagen vor dem EUGH endeten leider alle erfolglos. Zuletzt wurde die Klage der EU-Kommission gegen Deutschland abgewiesen, siehe Urteil vom Juli 2012 (Rechtssache C-562-10).

Nun heißt es zwar Soziale Pflegeversicherung, aber die Ansprüche und Leistungen daraus werden durch Pflichtbeiträge der Versicherten und der Arbeitgeber finanziert. Dies haben die Politiker anscheinend "vergessen". Nach unserer Ansicht können erworbene Ansprüche aus Versicherungsleistungen nicht "nach Gusto" der Politik verteilt oder eingeschränkt werden. Dies widerspricht jeglichem Gerechtigkeitsempfinden, denn gleichen Beiträgen müssen gleiche Leistungen gegenüberstehen. Alle Versuche unsere Deutschen Politiker zu einer Meinungs- und damit Gesetzesänderung zu bewegen blieben ohne Erfolg.

Wer ist betroffen? Über 60.000 Deutsche Residenten in der Altersgruppe über 65 Jahre allein in Spanien. Dazu weitere zehntausende von Deutschen Rentnern in anderen Europäischen Ländern, sowie Bürger anderer Nationalitäten die z. B. in Grenznähe wohnen und in Deutschland arbeiten.

Um kein weiteres Scheitern vor Gericht zu riskieren, musste das Thema von allen Seiten beleuchtet und dann auf den rechtlichen Prüfstand gestellt werden.

Hier setzte die Initiative des Seniorennetzwerks Costa Blanca an.

Der "Aufruf zum Pflegeaufstand" (CBN vom 04.01.2013) war der Start für die Spendenaktion zur Erstellung eines entsprechenden Rechtsgutachtens. Beauftragt wurde die Kanzlei Bernzen Sonntag, Berlin, Gutachter ist Professor Dr. Bernd Schlüter (nähere Informationen finden Sie unter www.msbh.de).

Wir freuen uns Ihnen das Gutachten, die Schlussfolgerungen daraus und die weitere Vorgehensweise präsentieren zu können. Wir laden Sie dazu herzlich ein.

Wann: Freitag, 26. Juli 2013, 18.00 Uhr

Wo: Casa de Cultura, Dénia

Wichtig: Sitzplatzreservierung per E-Mail unter: info@snwcb.org

Stichwort „Gutachten“, Ihr Name und Anzahl Personen

Wir freuen uns auf Sie.

Unser Dank gilt allen Unterstützern. Den Costa Blanca Nachrichten und der Mallorca Zeitung für die öffentliche Plattform, allen Firmen, Vereinen und Privatpersonen für ihre Spenden.

Ohne Sie alle wäre ein solches Unterfangen unmöglich gewesen.

Seniorennetzwerk Costa Blanca

www.snwcb.org

3.3 DEVAP-Bundeskongress am 25./26. September 2013 in Berlin

[nach oben](#) ↑

12. DEVAP- Bundeskongress „Zukunft gestalten – Wirtschaftsfaktor Pflege“

Der zentrale Treffpunkt für Führungs- und Leitungskräfte in der evangelischen Altenhilfe, findet am 25./26. September in Berlin statt. Veranstalter ist der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit (DEVAP), der 2013 mit dem programmatischen Titel einen besonderen Akzent setzt: Die Altenhilfe ist in der Mitte der Gesellschaft – als bedeutender zivilgesellschaftlicher Akteur ebenso wie als Wirtschaftsfaktor. Wie können Pflege, Kommunen und Wirtschaft zusammen die demografischen Herausforderungen bewältigen, die auf alle zukommen? Wie gemeinsam die Zukunft gestalten? Diesen Fragen geht der DEVAP mit führenden Experten aus der Praxis, der Wissenschaft und der Kommunalpolitik nach, u. a. mit Uwe Lübking vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Alle Infos zum Programm und der Anmeldung unter <http://www.devap.info/bundeskongress>.

3.4 Berliner „Woche der pflegenden Angehörigen“ im September 2013

[nach oben](#) ↑

Berliner „Woche der pflegenden Angehörigen“ vom 23. bis 29. September 2013

Wir sagen Danke!

Es ist an der Zeit, sich bei der Gruppe der pflegenden Angehörigen in dieser Stadt zu bedanken.

Deshalb hat eine Initiativgruppe von senatsgeförderten Projekten, im Verbund mit engagierten Akteuren aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, die „Woche der pflegenden Angehörigen“ ins Leben gerufen.

Diese Woche soll dazu dienen, pflegende Angehörige, Freunde und Nachbarn Wertzuschätzung und Ihnen Anerkennung zukommen zu lassen.

Daher planen wir auch 2013 für Sie, die Pflegenden, einige Veranstaltungen organisiert, bei denen Sie sich verwöhnen lassen und ein Stückchen Kultur genießen können.

Selbstverständlich unterstützen wir Sie gerne bei der Organisation der Betreuung Ihrer Angehörigen.

Sie können auch den Austausch suchen und uns mitteilen, was Sie sich wünschen würden.

Dazu laden wir Sie ganz herzlich ein!

Schirmherr:

Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales

Weitere Informationen unter <http://www.woche-der-pflegenden-angehoerigen.de/>.

3.5 Basale Stimulation e.V.: Vorankündigung: Wieviel Ethik braucht die Pflege? am 12.10.2013 in Bad Ischl

[nach oben](#) ↑

Vorankündigung des II. Österreichsymposiums Basale Stimulation® „Wieviel Ethik braucht die Pflege“? am 12. Oktober 2013 in Bad Ischl

Liebe Kollegen, liebe Praxisbegleiter/innen sowie interessierte Pflegende und Pädagogen!

Mit Freude darf ich Ihnen/Euch unser II. Österreichsymposium, welches am 12.10.2013 in der Zeit von 10.h -18.h Uhr in Bad Ischl stattfinden wird, ankündigen. Das diesjährige Thema wird die Ethik in der Pflege umfassend von diversen Anhaltspunkten beleuchten.

Was können Sie erwarten?

Frau Maga. Martina Hiemetzberger (Buchautorin, Pflegende und Wissenschaftlerin) wird das Thema aus wissenschaftlicher Sicht beleuchten und theoretische Inputs geben.

Das Thema Ethik und Pflege im Zusammenhang mit dem zentralen Lebensthema „Sicherheit erleben und Vertrauen aufbauen“ wird infolge von Fr. Christa Stelzl aufgegriffen. Fr. Stelzl arbeitet mit Kindern und Frühgeborenen und ist Praxisbegleiterin für Basale Stimulation. Sie wird Ihnen einen Einblick über die praktische Umsetzung von Ethik und dem Konzept Basale Stimulation® bei unseren kleinsten Mitmenschen gegeben.

Frau Karin Pascher ist ebenfalls Praxisbegleiterin für Basale Stimulation. Sie greift das Ethikthema und das zentrale Lebensthema Sicherheit erleben und Vertrauen aufbauen in Verbindung mit Basaler Stimulation beim geriatrischen Menschen auf. Marianne Hiden stellt den Bezug zum rehabilitierenden Menschen her und gibt uns einen Einblick in ihr Arbeitsfeld. Sie wird Ihre Auseinandersetzung über die Orientierungsräume darstellen und wie diese sich bei den betroffenen Menschen im Prozess verändern können.

Alle Referentinnen werden ihren Beitrag im Rahmen eines gemeinsamen Austauschs offerieren. Die tiefere Auseinandersetzung erfolgt in Kleingruppen und wird prozessorientiert von den Referentinnen begleitet.

Weiters erhalten Sie, geschätzte Mitglieder/Innen des Vereins, die Möglichkeit, sich im Rahmen des Symposiums ab 16.00 Uhr im Kompetenzprofil des Kollegialen Dialogs zu schulen.

Das Präsidium des Internationalen Fördervereins empfiehlt nachdrücklich, dieses Angebot wahrzunehmen. Frau Julia Steinberger, Fr. Anna Rinnhofer und Fr. Marianne Grätzhofer, ausgebildete PraxisbegleiterInnenen, werden Sie in den „Kollegialen Dialog“ einführen. Beachten Sie, für diese Schulung ist eine begrenzte Teilnehmerzahl von max. 20 Leuten vorgesehen.

Was kostet nun dieser Event?

Bis 26. Sept. 2013: für Mitglieder Internationalen Förderverein: 45€

Ab 27. Sept. 2013: für Mitglieder des Internationalen Fördervereins, und ebenso für Nicht-Mitglieder: 65€

Im Preis inkludiert sind zwei Pausenverpflegungen und Getränke.

Sie können auf Wunsch im LKH ein Mittagessen um 6.90€ einnehmen.

Wo findet dieser Event statt?

Landeskrankenhaus Bad Ischl

Dr. Mayer-Straße 8-10

A- 4820 Bad Ischl

Anmeldungen an: Fr. Maria Thalhammer per email: maria_thal@yahoo.de

Bitte mit der Anmeldung angeben:

Ich nehme an der Schulung des Kollegialen Dialoges teil/ nicht teil.

Ich nehme am Mittagessen in der Kantine des LKH teil/ nicht teil.

Beachten Sie, dieser Event soll eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen. Insofern ist die Teilnehmerzahl auf max. 40 Personen beschränkt.

Prinzip: „First come first served“. Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum

berücksichtigt. Eine Abmeldung muss ausschließlich schriftlich bzw. per email:

maria_thal@yahoo.de erfolgen. Bei Abmeldung vor dem 27.09.13 wird eine

Bearbeitungsgebühr von 10€ erhoben. Bei Abmeldung nach Anmeldeschluss wird die gesamte Teilnahmegebühr 55 € in Rechnung gestellt.

Bitte überweisen Sie die Gebühr an z. H. Fr. Maria Thalhammer

Raiffeisenkasse Inneres Salzkammergut

Kontonr. 2 434 041

BLZ 34545

BIC: RZOOAT2L545

IBAN: AT 51 3454 5000 0243 4041

Das Organisationsteam:
Mag. phil. Petra Pasterk,
Fr. Maria Thalhammer und Hannelore Markovits

3.6 Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk: Einladung zum öffentlichen Pflorgetreff am 19.11.2013

[nach oben](#) ↑

Einladung zum öffentlichen Pflorgetreff
am Dienstag 19.11.2013, 17.00 – 19.00 Uhr,
im „Kontakt Erfttal“, Bedburger Straße 57, (41469) Neuss-Erfttal

Themen (Kurzstatements und Diskussion):
„Palliativversorgung (Medizin & Pflege) - Hospizarbeit - Sterbebegleitung ambulant und stationär“

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (annika.lange@diakonie.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange (annika.lange@diakonie.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning